

Volksrecht

für Schlesien • Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Reichsmark + 3 Pfennig Erlegerlohn — 0,45 Reichsmark, monatlich 1,55 Reichsmark + 33 Pfennig, Erlegerlohn — 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen umier Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postfachkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummern 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummern 10 Pf.

43. Jahrgang

Dienstag, den 24. Mai 1932

Nr. 119

Keine Aussicht auf neue Regierung in Preußen

Nazis nicht zu Koalitionsverhandlungen bereit — Bisher keinerlei Versuche zur Bildung einer neuen Regierung — Kabinett Braun muß deshalb nach der Verfassung weiter amtieren

Der neue Preussische Landtag tritt am Dienstag zusammen, ohne daß bisher Klarheit darüber bestünde, wer Landtagspräsident wird oder wie sich die Koalitionsverhältnisse künftig gestalten. Nur eines scheint sicher, daß die Nazis weiter so tun wollen, als ob sie im gegenwärtigen Augenblick ernsthaft die Macht erstreben, daß sie aber in Wirklichkeit in Preußen nur in die Regierung einzutreten gedenken, wenn sich das Zentrum, ohne dessen Willen die Nazis gegenwärtig in Preußen nicht aus Ruder kommen, den Braunhemden völlig unterordnet. Es ist nicht anzunehmen, daß die Zentrumspartei dazu herabläßt. Infolgedessen wird die Regierung Braun vorerst weiter als geschäftsführende Regierung im Amte bleiben.

Angesichts dieser Situation lassen Nazis und Deutsche bereits eifrig ihre Demagogie gegen die Preußenkoalition des alten Landtages und gegen die Regierung Braun spielen. Sie stellen es so dar, als ob die Weimarer Koalition und ihre Minister das Heft unter allen Umständen in der Hand behalten wollen und kein höheres Ziel kennen, als eine Regierung mit Nazis zu verhindern. Wer derartiges behauptet, lügt!

Die preussische Staatsregierung hat durch ihren Austritt vor aller Öffentlichkeit bekundet, daß sie entschlossen ist, aus dem Ergebnis der preussischen Wahlen die politischen parlamentarischen Konsequenzen zu ziehen.

Der endgültige Termin dazu aber kann nicht allein von Otto Braun und seiner Regierung bestimmt werden. Er ist gegeben, sobald im neuen Landtag eine Mehrheit in der Lage ist, an die Stelle des gegenwärtigen Kabinetts ein anderes zu setzen. Solange das nicht der Fall ist, hat die Regierung Braun nach der Verfassung die Geschäfte weiter zu führen. Sie muß im Amte bleiben, so schwer insbesondere dem preussischen Ministerpräsidenten dieses ihm zugemutete Opfer auch fallen mag.

Wenn die Regierung Braun von einem anderen Kabinett abgelöst wird, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Vorerst haben zwischen den entscheidenden Faktoren irgendwelche Koalitionsbesprechungen oder gar Verhandlungen noch nicht stattgefunden. Auch waren derartige Verhandlungen bis Montagabend noch nicht angelegt. Vorläufig überwiegt in Preußen die Auffassung, daß der gegenwärtige Landtag überhaupt nicht die Fähigkeit besitzt, an die Stelle der Regierung Braun ein neues, auf anderer Grundlage gebildetes, Kabinett zu setzen.

Die Zentrumspartei des Preussischen Landtags beschloß am Montag ihren Vorstand erst im Herbst zu wählen. Vorerst führt der stellvertretende Vorsitzende der alten Zentrumsfraktion, Abg. Steger, den Vorsitz der Fraktion.

Die Sozialdemokratische Fraktion des neuen Preussischen Landtages trat am Montag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Vorstand der alten Fraktion wurde einstimmig wiedergewählt. Die Fraktion beschloß ferner, als Kandidaten für die Präsidentschaft des Landtages den bisherigen Präsidenten Wittmann in Vorschlag zu bringen. Anschließend wurde in eine Aussprache über die gesamtpolitische Lage eingetreten, die völlige Ueber einstimmung ergab.

Die Berliner Presse zur Lage in Preußen

Der „Vorwärts“ schreibt zu dem heutigen Zusammenritt des Preussischen Landtages: „Die Aufgabe der Sozialdemokratie in dieser Situation ist: Beobachten, rufen und zum Eingreifen bereit halten. Ob die Nazis herankommen, hängt nicht von uns ab, sondern vom Zentrum und von den Nazis selbst. Ob sie als Regierungspartei abtrittschaffen oder weiter als Opposition tritt ansetzen, ob sie Legalität heucheln oder ob sie den Staatsrecht wagen, auf alle Fälle bleibt unsere Parole: Kampf, Kampf und abermals Kampf!“

Die „Germania“ sagt: Die größte Partei des neuen Landtages, die der Nationalsozialisten, hat bisher noch keinerlei Schritte getan, um ihrerseits eine geschickte Regierungs-

bildung vorzubereiten. Man sieht, daß nach immer gewisse Kreise der bisherigen Rechtsopposition damit rechnen, mit Hilfe der Kommunisten die Geschäfte wieder abzugeben und für die Stichwahl die einzige Mehrheit der Stimmen als hinreichend bestimmen zu lassen. Völlig offen ist nach wie vor auch die Frage des

Landtagspräsidenten. Auch steht noch dahin, ob die Nationalsozialisten den Mut aufbringen werden, den ersten Vizepräsidenten entsprechend dem parlamentarischen Brauch der zweitstärksten Fraktion, der SPD, zuzubilligen. Jedenfalls ist diese Innehaltung des parlamentarischen Brauchs für das Zentrum eine Prinzipienfrage. Der zweite Vizepräsident würde dann auf das Zentrum entfallen.

In der übrigen Presse wird ebenfalls betont, daß sowohl hinsichtlich der Wahl des Landtagspräsidenten als auch der Wahl einer neuen Regierung irgendwelche Vorbereitungen parlamentarischer Art bisher von keiner Seite getroffen sind.

Das Berliner Organ der christlichen Gewerkschaften, dessen geschäftsführender Vorsitzender Otto jeht ebenfalls dem Preussischen Landtag angehört, schreibt unter dem Titel „Am Preußen“:

„Der neue Preussische Landtag, der morgen zusammentritt, steht vor einer wenigstens formell geklärten Lage, der Lage, daß die Entwicklung in Preußen völlig ungeklärt ist. Fürs erste jedenfalls ist nicht damit zu rechnen,

Der einzige Ausweg!

Otto Brauns Arbeitsbeschaffungs-Programm
Ein Brief an den Reichsminister

Mit Rücksicht auf irrtümliche Meldungen über den Inhalt des von dem Preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun namens der Preussischen Staatsregierung am 30. April d. J. an den Reichsminister gerichteten Schreibens wird dieses Schreiben vom „Amtlichen Preussischen Pressebüro“ jeht auszugswiese im Wortlaut mitgeteilt. Es lautet:

„Fast jede der großen Fragen, welche die Regierungen des Reiches und der Länder und die Gemeindevorstellungen zu entscheiden haben, führt auf das Problem der Arbeitslosigkeit zurück, das damit als das Zentralproblem unserer inneren Politik bezeichnet werden muß.“

Dieses Problem kann nicht nur mit finanziellen Mitteln gelöst werden. Das würde nur zu immer höheren Kosten führen.

Es kommt vielmehr in erster Linie darauf an, mit durchgreifenden Maßnahmen die Menschen an die Arbeit zu bringen.

Das ist aus volkswirtschaftlichen und moralischen Gründen in gleicher Weise notwendig. Dabei kann auf eine Verminderung der Arbeitslosigkeit durch internationale Forderung der Konjunktur nicht gewartet werden. Ein erheblicher Teil der Arbeitslosigkeit ist überdies die natürliche Folge der fortschreitenden Rationalisierung, der Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine.

Die Preussische Staatsregierung hält zu diesem Ziele in erster Linie eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit durch eine systematische Kürzung der Arbeitszeit unter Durchführung der Arbeitslosen auf die dadurch frei werdenden Arbeitsplätze für notwendig. Alle anderen Mittel versprechen für sich allein keinen genügenden Erfolg.

Die Kürzung muß nach Ansicht der Staatsregierung so weit gehen, daß dadurch die überwiegende Zahl von Arbeitslosen Arbeit erhält.

Es genügt daher nicht, daß für einige, meist schon kurz arbeitende Industrien die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden festgesetzt wird. Die Kürzung muß vielmehr einheitlich allgemein angeordnet werden. Ausnahmen müssen besonderen Richtlinien der Reichsregierung und im einzelnen Fall der örtlichen Stelle vorbehalten werden.

Die Kürzung kann ferner, um ihren Zweck zu erreichen, nicht bei vierzig Stunden Halt machen, sie muß vielmehr darüber hinausgehen.

Ob die Kürzung bei der Tagesarbeit, bei der wöchentlichen Arbeitszeit oder im Wege des Rhythmisierens durchgeführt wird, kann dem einzelnen Betriebe überlassen bleiben. Aber nur gleichzeitige generelle Anordnung kann die erforderliche sozialgünstige Wirkung haben, die sich insbesondere auch in den Erzeugnissen der öffentlichen Haushalte an Unterhaltungsbeiträgen äußert.

Die Preussische Staatsregierung vertritt nicht, daß

bei einer stabilen, von einer Mehrheit des Landtages getragene Regierung zustande kommen kann. Die nationalsozialistische Bewegung lassen nach wie vor keinerlei Neigung zu Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum erkennen, wenn auch eine grundsätzliche Festlegung Landtages hat sich ähnlich geäußert. Der stellvertretende Vorsitzende, Abgeordneter Steger, hat aber zugleich in seiner Erklärung betont, daß die Preußenpolitik des Zentrums maßgebend von der Reichspolitik beeinflusst sei. Diese Erklärung ist von entscheidender Bedeutung: Sie besagt, daß die Preußenpolitik des Zentrums zu keiner Koalition und Regierung die Hand bieten werde, die gegen die Berlin und den politischen Kurs des Reichstages gerichtet wäre.

Diese Haltung des preussischen Zentrums schließt praktisch jede Möglichkeit einer Verständigung mit den Nationalsozialisten in Preußen aus. Die Entwicklung in Preußen wird also von der Klärung der Verhältnisse im Reich abhängig sein. Hier aber ist nicht zu sehen, wie die Nationalsozialisten sich Brünning und seiner Politik annähern können. Denn nach den Reden und Artfeln der nationalsozialistischen Führer ist das Ziel im Reich immer noch der Sturz des Reichskabinetts. Die Wählbarkeit gegen Brünning wird unentwegt fortgesetzt und tagtäglich tauchen neue Gerüchte auf, die von der weiteren Erhellung der Position Brünnings und von dem Auseinanderfallen des Reichskabinetts wissen wollen. Eine Umwidmung des Reichskabinetts im Sinne eines völligen Kurswechsels erscheint angesichts dieser Tatsache ausgeschlossen.“

München, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der neue bayerische Landtag tritt am 31. Mai zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Die Tagesordnung erschloß sich in der Wahl des sieben-gliedrigen Landtagsdirektoriums, in dem die Sozialdemokraten durch den bisherigen Vizepräsidenten vertreten sein werden.

Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung sind bisher noch nicht geführt worden.

hierbei schwere Opfer von allen Seiten gefordert werden.

Sie ist aber der Auffassung, daß ohne eine solche rigorose Maßnahme der große Zweck nicht erreicht werden kann. Dadurch werden nicht nur Arbeitslose in die Arbeit zurückgeführt, sondern auch die noch in Arbeit stehenden von der schweren Sorge des Ausschuldens soweit als möglich befreit.

Daneben muß sofort ein möglichst umfassendes

Arbeitsbeschaffungsprogramm

unter besonderer Berücksichtigung der ländlichen Siedlung in den östlichen Landesteilen, durchgeführt werden. Man wird mit verhältnismäßig geringen zusätzlichen Mitteln eine Fülle von Arbeitskräften der Arbeit wiedergeben können, wenn man

als Grundlage der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms diejenigen Beträge nehmen würde, welche bisher an Arbeitslosenunterstützung der verschiedensten Art völlig unproduktiv aufgewandt worden sind.

Auch diese Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung sollten, soweit möglich, nicht einzeln und nacheinander, sondern gleichzeitig in großem Maße einleiten. Die Staatsregierung weist jedoch eindringlich darauf hin, daß durch diese Maßnahmen allein, ohne gleichzeitige systematische Kürzung der Arbeitszeit, kein ausreichender Erfolg erzielt werden kann.

Drittens muß sofort eine organisatorische Vereinfachung der Erwerbslosenfürsorge durchgeführt werden.

Die Arbeitsfürsorge und die Wohlfahrtsfürsorge müssen vereinigt und nach vollständig gleichen Grundsätzen, insbesondere hinsichtlich der Bedürftigkeitsprüfung und der Unterhaltungsätze für alle Personen, deren Unterhaltungsanspruch gegen die Arbeitslosenversicherung fortgefallen ist, durchgeführt werden. Dies kann nach Auffassung der Staatsregierung — vorbehaltlich einer Uebergangsregelung für die zurzeit in der Arbeitsfürsorge beurlaubten Personen — zweckmäßig nur bei der Gemeindeführung, die allein die erforderliche Sachkenntnis über die Familien- und Vermögensverhältnisse und über die Bedürftigkeit haben.

Bei Durchführung dieser Maßnahmen — Kürzung der Arbeitszeit, Arbeitsbeschaffung und organisatorische Vereinfachung der Erwerbslosenunterstützung — wird sich der Umfang der Arbeitslosigkeit und des Bedarfs an öffentlichen Mitteln erheblich senken, während es andererseits noch steigen würde. Diese Senkung würde aber notwendig dazu führen, daß die Wirtschaft neu belastet werden würde, da der bisherigen Zustand ungenügender Gemeindefinanzierung zum Zusammenbruch führen würde.

Der Kampf gegen die Furcht der Arbeitslosigkeit ist zugleich das einzige Mittel, um die wirtschaftliche Lage, die Grundlage der Gemeindefinanzierung, zu klären.

Auch zu diesem Zwecke sind die vorgelegenen Maßnahmen, durch welche die öffentlichen, rascher schwebenden Unterhaltungsarbeiten in Arbeitslöhne umgewandelt würden, unerlässlich. Der Gesamtjahresbetrag der preussischen Gemeinden und Gemeindeverbände wurde bereits im Herbst 1931 für dieses Rechnungsjahr auf gegen eine halbe Milliarde geschätzt. Er hat sich trotz einschneidender Eingriffe, die sich im günstigen Sinne ausgewirkt haben, nicht verringert. Die dritte Beschäftigungsförderung, die Entlastung infolge der Absenkung und die außerordentlich rigorosen Einsparungen, die bei den Gemeinden im Laufe des Rechnungsjahres 1931 eingetreten sind (sie allein werden in Preußen auf 300 bis 400 Millionen im Jahresergebnis zu veranschlagen sein), werden für die Haushaltswirtschaft des Rechnungsjahres 1932 mehr als aufgehoben durch die zu erwartende Erhöhung der Zahl der Wohlfahrtsverwaltungen, durch den Rückgang des Gemeindeanteils an den großen Ueberweisungseinkünften des Reiches und des Staates (insbesondere Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie Haussteuer) und durch den sehr starken Rückgang der eigenen Einnahmen der Gemeinden. Auch für 1932 muß daher mit einem Gesamtdefizit von etwa einer halben Milliarde Reichsmark oder mehr allein für die preussischen Gemeinden und Gemeindeverbände gerechnet werden, das bei ungünstiger Entwicklung der Arbeitslosigkeit noch steigen würde.

Solchen Defizitbeträgen mit ihrer verhängnisvollen Auswirkung auf die Kasienlage der Gemeinden kann, besonders wenn sie sich jetzt schon im dritten Jahre wiederholen, nicht mehr mit den bisherigen Mitteln

der individuellen Beihilfen von Reich und Staat begegnet werden.
Auch wenn die vorgelegenen Maßnahmen durchgesetzt werden, ist eine andere Form der Finanzierung erforderlich, weil erfahrungsgemäß die Wiederherstellung in den Arbeitslöhnen zum großen Teil von der Versicherung befristeter, nicht von der Gemeinde zur Deckung fallender Arbeitslöhne zugewandt kommt. Der nach den vorgelegenen Maßnahmen verbleibende Minderbetrag verminderte Gesamtbeitrag der bisherigen Arbeits- und Wohlfahrtsunterstützung sollte nach Ansicht der Staatsregierung in der Hauptsache von den Haushalten der öffentlichen Verwaltung losgelöst werden. Das könnte geschehen, wenn er durch eine nach dem Bedarf veränderliche allgemeine Notabgabe gedeckt wird. Daneben wäre dann für die Krisenloshilfe kein Raum mehr.
Die zweite Gehaltskürzung, welche bei den öffentlichen Beamten und Angestellten an die Stelle der Krisenloshilfe trat, würde für sie die Notabgabe in entsprechendem Umfang erleiden. Die Gemeinden (Fürsorgeverbände) würden einen bestimmten Beitrag zu leisten haben, der sich aber im Rahmen ihrer Kräfte halten müßte.
Da die Durchführung der vorgelegenen Maßnahmen eine gewisse Zeit erfordert, müssen während der Uebergangszeit finanzielle Maßnahmen getroffen werden, um die Gemeinden in den Stand zu setzen, daß sie bis dahin ihren Pflichten genügen.
Schnelle Entscheidung ist erforderlich.

präsident würde, steht daran, daß die Notverordnungen aufzuheben, erbetene Frist den Ausschuss mit der Erklärung, die Erklärung sei abgegeben worden unter einer Voraussetzung, die nicht erfüllt ist.
Für die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion gab der Abg. Keil folgende Erklärung ab:
Die sozialdemokratische Fraktion teilt für die Notverordnungen vollste Verantwortung. Große Bekanntheit der Notverordnungen bedingten gegen die Einwirkungen der Notverordnungen, die von der sozialdemokratischen Fraktion vertreten werden. Die Fraktion ist billigt insbesondere die unsozialen Bestimmungen der Notverordnungen, die den wirtschaftlich schwachen Volksteilen die größten Opfer auferlegt, ihre Lebenshaltung tiefer und tiefer herabdrückt, die Wirtschaft und Finanzen aber nicht überwinden haben. Die völlige Aufhebung der Notverordnungen erscheint der sozialdemokratischen Fraktion jedoch nur dann möglich, wenn eine Mehrheit im Reichstag vorhanden ist, die bereit ist, auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung an die Stelle der verfehlten Bestimmungen der Notverordnungen Maßnahmen zu setzen, die den Lebensbedürfnissen der am schwersten betroffenen Volksteile gerecht werden. Gemeinsam mit den Parteien, die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen gestellt haben, ist die Bildung einer solchen Mehrheit nicht möglich. Einzelne dieser Parteien verfolgen im Gegenteil das Ziel, die Sozialleistungen völlig auszuhöhlen, die Fakten der Notzeit noch rückwärts zu den Hungerjahren aufzubringen und darüber hinaus durch Beseitigung des demokratischen Wahlrechts zu entmündigen. Die sozialdemokratische Fraktion ist nicht geneigt, diesen Parteien die Erreichung ihres Zieles zu erleichtern. Die Abstimmung über die Anträge wird am Dienstag erfolgen.

Sozialdemokratischer Arbeitsbeschaffungsantrag im Preussischen Landtag

Die Nazis haben dagegen andere Sorgen

Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat dem Parlament zur Arbeitsbeschaffungsfrage einen Antrag vorgelegt, in dem verlangt wird, das Staatsministerium zu erlauben, im Sinne des Schreibens des preussischen Ministerpräsidenten an den Reichsfinanzminister vom 30. April 1932 mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung auch weiterhin dahin zu wirken, daß

1. die gezielte zulässige Arbeitszeit in allen Betrieben wesentlich herabgesetzt wird, so daß dadurch eine andere Verteilung der vorhandenen und noch zu schaffenden Arbeitsmöglichkeiten erreicht wird,
2. jede Gelegenheit zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten voll ausgenutzt wird,
3. eine Vereinfachung der Unterhaltungen herbeigeführt wird durch Zusammenfassung der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge nach völlig gleichen Grundätzen für die Bedürftigkeitsprüfung und Unterhaltungsätze.

Die Nationalsozialisten haben dem Landtag inzwischen ebenfalls einen Antrag zugehen lassen, aber sie interessiert nicht, wie den Millionen, die heute hungern, Arbeit und Brot gegeben werden kann. Ihre Sorgen ergeben sich aus folgendem Antrag:
Der Landtag wolle beschließen:
Zur Prüfung der für die preussische Polizei innerhalb der letzten 13 Jahre gemachten persönlichen und materiellen Beschwerden wird sofort ein Untersuchungsausschuss von 29 Mitgliedern eingesetzt. Zur Prüfung der preussischen Rechtsprechung unter Berücksichtigung der von Gottfried Farnow der Justiz gemachten Vorschläge wird sofort ein Untersuchungsausschuss von 29 Mitgliedern eingesetzt.
Die beiden Anträge zeigen auf der einen Seite bei der SPD die Sorge um die Not des Volkes, auf der anderen bei den Nazis die unerschütterliche Sorge um die Vollstreckung.

Nun, Herr Brüning, wie wird Ihnen?

Herriot verlangt Anerkennung der Reparationsverpflichtung
Paris, 23. Mai. (Wg. Drahtbericht.)
Herriot hat sich im Laufe einer Unterredung, die er einem Redakteur des „Paris Mid“ gewährte, sehr zurückhaltend über die Regierungsbildung, aber sehr deutlich über seine Reparations- und Abrüstungspolitik ausgesprochen.
Herriot sagte: „Ich halte mich an die einfachen und festen Grundzüge, die ich unaufhörlich über die unverjährbaren Rechte, welche Frankreich auf Grund der Verträge und freiwillig unterzeichneten Abkommen besitzt, betrafft habe. So betrachte ich als eine absolute Notwendigkeit die Anerkennung unserer Schuldforderungen. Man kann aber etwaige Zahlungsarrangements nicht diskutieren, solange diese Forderungen nicht anerkannt sind.“
Auf den Einwurf des Journalisten, daß Deutschland die Rechte Frankreichs bestreiten und darüber diskutieren wolle, erklärte Herriot: „Das ist eine schlechte Methode. Wenn es wahr sein sollte, daß Deutschland geltend machen will, es habe schon mehr bezahlt als es schulde, müßten seine Äußerungen Sachverständigen unterbreitet werden. Aber wie konnte Deutschland freiwillig die Verpflichtungen des Young-Planes unterzeichnen, wenn es nicht durch die Wahrheit der Ziffern dazu gezwungen gewesen wäre? Wir werben eine sehr vorläufige und sehr genaue Außenpolitik führen müssen. Der geringste Fehler würde die wichtigsten Forderungen eines Hitler begünstigen und die geringste Schwäche würde sie ermutigen. Was die Brückensangelegenheit angeht, hat man mir die Absicht geäußert, Ersparnisse bei der Landesverteidigung zu machen. Das trifft für unumkehrbare Kasernenbauten und für jede andere Verteidigungsmäßigkeit zu, die einer Vergütung gleichkommen würde. Aber im übrigen kann ich nichts an der Sicherheitsrüstung Frankreichs ändern. Ich möchte sie im Gegenteil vervollkommen und modernisieren, bis solide internationale Garantien den Völkern gegeben werden, die an der Organisation eines wahren Friedens arbeiten.“

Warum die SPD die Notverordnungen duldet

Erklärung der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuss

Albernes Theater der Nazis

Der Haushaltsausschuss des Reichstages begann am Montag die Beratung der zu den Notverordnungen gestellten und dem Ausschuss vom Reichstagsplenum überwiesenen Anträge. Nach 15monatigen Schranken waren die Nationalsozialisten zum erstenmal wieder im Ausschuss erschienen. Ihre Tätigkeit begann mit dem von Dr. Fritsch ausgesprochenen Vorwurf, daß der Ausschuss möglichst wenig tagen wolle. Abg. Erbgang (Ztr.) wies demgegenüber darauf hin, daß die arbeitsbereiten Abgeordneten im letzten Winter vom 26. Januar bis kurz vor Ostern fast ununterbrochen getagt haben.
Zunächst standen Anträge der Kommunisten und Deutschnationalen auf der Tagesordnung, wonach die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 aufgehoben werden soll, sowie ein Antrag der Nationalsozialisten vom 22. Februar d. J., der alle seit Juli 1930 erlassenen Notverordnungen aufheben will. Dr. Fritsch verwarf diesen Antrag dahin auszuliegen, daß auch die nach dem 22. Februar erlassenen Notverordnungen aufzuheben seien, vor allem die-

jenige, die das Verbot der SA ausspricht. Der Nazi-Führer mußte sich aber vor dem Vorsitzenden Heimann und von Vertretern der verschiedensten Fraktionen, selbst von dem deutschen nationalen Abgeordneten Dr. Herzig darüber belehren lassen, daß eine solche Auslegung unmöglich sei, denn am 22. Februar habe man die später erlassenen Notverordnungen noch nicht gekannt. Als darauf Dr. Fritsch einen neuen Antrag auf Aufhebung des SA-Verbots stellte, wurde dieser Antrag als unzulässig abgewiesen, weil seine Beratung, ohne daß der Antrag vom Plenum dem Ausschuss überwiesen ist gegen die Geschäftsordnung und gegen die Verfassung verstoßen würde.
In der Begründung der dem Ausschuss überwiesenen Anträge wurde von den Rednern der betreffenden Fraktionen nichts Neues vorgebracht, es sei denn, daß Fritsch sich als Janatiler der Gelehrtheit und Quack (Ztr.) sich als Verteidiger der Volksherrschaft ausspielte. Als der Kommunist Vögel der Nazis an die

Kommunistenkrawalle in Hamburg

Am Montagvormittag verjuchten in Hamburg Kommunisten, in der Straße Kohlhöfen in der Altstadt, vor dem Arbeitsamt zu demonstrieren und geschlossen in das Arbeitsamt einzudringen. Die Polizei verhinderte dies, worauf sie angegriffen wurde. Ein Polizeibeamter, dem der Gummiknüppel entzogen worden war, und der besonders mißhandelt wurde, gab einen Schuß ab, der einen Angreifer schwer verletzte. Im Anschluß an diese Vorgänge wurde im Gängerviertel ein Polizeibeamter, der mit den vorausgegangenen Zusammenstößen nichts zu tun hatte, von mehreren Personen angegriffen und zu Boden geschlagen. Ingesamt wurden sechs Personen, die an den Zusammenstößen beteiligt waren, festgenommen.

Die Benzinstation

Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechnete Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Clarisse Meitner
Alle Rechte vorbehalten - Nachdruck verboten

(37. Fortsetzung.)

„Wissen Sie, was wir versuchen könnten?“ überlegte er. „Ich werde mich hinten an Sie anhängen und zurückhalten beim Bergabfahren.“
Sie versuchte nicht einmal, ihm zu helfen, während er abermals die Ketten prüfte, Bremsen, Öl, Benzin und Wasser nachsah. Sie sah am Trittbrett, und es war angenehm, jeder Verantwortung entzogen zu sein. Er jagte gar nichts. Während der Arbeit pfiff er ein Liedchen. Sie sahen unter zurechtgerückten Augen los, und bei ausgebreiteten Fingern schienen alle Schwierigkeiten überwinden zu können — sie hielten nach dem ersten Gefühl wieder an, und Claires Augen schwebten in Tränen. Das Zurückhalten hatte gänzlich verjagt. Der große Wagen mit seinem schnell anwachsenden Schwung hatte den Karren herumgerissen, als wäre er eine Cardinardbüchse. Das Schleppseil wurde angepöpselt, lang und taugte, und wieder war Claire im furchenrührenden Delirium den Berg hinuntergeschwankt.
Er fuhr bis zu ihr heran, hieg aus und stellte sich an ihre Seite. Sein: „Ich bin ein erbärmlicher Esel. Wir müssen was anderes versuchen.“, klang so unbestimmt, daß sie in ihrer an den Karren zerrenden Erregung aufschmerzte. „Ach, kein Sie nicht so vergnügt, das ist ja gemein! Ihnen ist alles ganz egal!“
Sie konnte im Dämmerlicht sehen, wie er sich nach rechts richtete und keine Stimme hörte, als er mit dem Karren über den fels anwachsenden vorderen Hügelgrund erwiderte: „Jemand muß doch vergnügt sein. Tatsache ist, ich habe den richtigen Mensch gefunden.“
Wie ein Mensch im Patientenstuhl beim Zahnarzt sich zwischen den einzelnen Behandlungen erholte, ignorierte sie wie

im Halbstaub die Tatsache, daß sie sich in wenigen Minuten wieder zusammenschließen, ruhig und wachsam werden müsse und ganz unmögliche Anstrengungen zu bewältigen haben werde. Mit hieb mit einem Bein aus seiner Bandelaustrichtung eine große Fingerringe nieder. Er schleifte sie zum Gomez und befestigte sie an der Hinterachse. Die Zweige würden sich in die Erde graben, das Gesäße an jedem Stein festhalten.
„Da! Dieser Anker würde einen Lastwagen aufhalten!“ rief er.
Er hielt fest. Sie fuhr die beiden wackeligen Hügel ganz leicht hinunter. Aber sie war fertig. Arms und Kopf waren gleich stumpf. Sie flohte Mitt an: „Ich glaub, ich kann nicht mehr weiter. Es ist so dunkel und ich bin so müde.“
„Gut also. Haus ist kein in der Nähe, da werden wir eben hier kampieren, wenns Herr Boltwood recht ist.“ Claire raffte sich zusammen, um ihm beim Bereiten des Essens behilflich zu sein. Es war nicht viel Essen zu bereiten. In beiden Wagen war der Vorrat beinahe aufgebraucht. Sie hatten Suppe und ein paar hart gewaschenes Stückchen Brot und etwas ähnliches wie Kaffee — aber nicht sehr ähnlich.
Mitt nahm, um Herrn Boltwood sein Bett zu bereiten, die federnden Sattelkissen von beiden Wagen heraus. Der Vorrat des Gomez war nur drei Zoll dicker als der des Karrens, was zusammen eine Matratze ergab, die vorne zwei Enden höher war, unten eine Fußleiste hatte, und das ganze Gebilde war ungemünzt ruffig. Aber mit einer von Mitts Decken genügte es. Claire bekam eine zweite Decke von Mitt und eine Sammlung von alten Ueberziehern und guten Kaffeesäcken. Er redete noch unbestimmt von einer dritten Decke für sich. Und er hatte auch eine. Ihre Dimensionen waren dreizehn zu zwanzig Zoll. Sie war aus weißer Wolle, er hatte sie in Dakota für Verr der Gefascht und gar oft hatte er sie in den letzten Tagen geschüttelt und gestäubert: „Arme, alte Kacke.“
Herr Boltwood dachte weiter seiner Decke an Klapperlängen, Wärmehaube, Handschuhe, seine Schuhe an Mitt und die Tatsache, daß — obwohl er so Claire gegenüber nicht grüßte — er erwartet hatte, daß sie erlösen, als die Bremsen ausbrannten.
Claire war schlüffrig und zufrieden. Sie war sich des leiten Reiches der Wäde bewußt, des rauschenden Stalles, des weiten Himmels und der herrlichen Luft, einer tiefen Beschäftigung

für alle Leute in dumpfen Stuben und vor allem mit innigem Verlangen unaufhörlich bewußt, daß Mitt nur zehn Schritte weit von ihr entfernt war. Sie hatte das gleiche Interesse für ihn, das ein junger Arzt an einem neuen Röntgenapparat hätte, ein Buchbinder an neuen Lettern irgendem lehrbuchartigen Mensch an einer neuen Ausdrucksmöglichkeit seiner Kraft. Sie wollte dafür sorgen, daß ihre Verwandten in Seattle, die Giffons, ihn dazu vergessen würden, die richtigen Leute kennenzulernen während seiner Hochschulstudien. Sie selbst würde ja nach Brooklyn zurück müssen, aber vielleicht würde er ihr schreiben — Briefe schreiben — Brooklyn — sie war in Brooklyn — nein, nein, wo war sie? — ja, in freien Übernachten — jodischer Tag — Bremen — nein, sie würde Jeff Goxton nicht heiraten! Brooklyn — Wellengeplätscher — Sterne —
Und wenn Mitt nicht eben höchst unromantisch an seinen kalten Rücken dachte, so jauchzte er — triumphierend.
Bis Seattle jedenfalls wird sie nicht mit Leuten ihres Gesellschaftskreises zusammen sein. Dann wird sie mit ja wahrscheinlich vergessen. Kannst du nicht übernehmen. Aber bis wir dahin kommen, wird sie mich in ihrem Garten spielen lassen. Herzlich! In der Früh werd ich wieder mit ihr reden und jetzt ist sie doch ganz nahe!“
In der Früh waren sie alle ganz freit, freuten sich aber der Sonne, die hell auf das Buschwerk und den Fluß schien und der Wärme und das Mädchen sangen während des Frühstückes. Während Mitt Brennmaterial zusammenjuchte, sah er zu Claire hinüber, die gegen einen Hintergrund zudiger Berge stand, Kopf und Schuße tadellos wie immer, aber die Jade hatte sie ausgezogen, die Blüte beim Hals eingeschlagen, das Haar war vom Wind zerzaust, die Ärmel aufgestülpt, eine Hand an der Hüfte stand sie aufrecht da, trotzend vor Kraft und Abenteuerlust.
Als ihre Brille in Kingston frisch belegt worden war, fuhr sie gemächlich zusammen nach Seattle. Und Tags darauf, als Mitt eine halbe Meile hinter dem Gomez zurück war, sah er einen rotfarbenen Mann mit einem großen, glänzenden Kneifer hinter einem Busch hervorstreten, sich höflich verneigen — und an dieser Stelle mußte Mitt anhalten.
(Fortsetzung folgt.)

Die Forderungen der sozialistischen Abrüstungskonferenz

Wirksame und weitgehende Abrüstung gefordert

Jülich, 23. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die gemeinsame Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde am Montag Abend beendet.

Von den vier angenommenen Entschliessungen behandelt die erste die technischen Probleme der Abrüstung. Sie fordert das Verbot der Massenfabrikation der Kampfwaffen, die Beschränkung der Rüstungsausgaben, durchgreifende Herabsetzung für alle anderen Rüstungskategorien und internationale Kontrolle. Die anderen Entschliessungen betreffen die Abschaffung der privaten Waffenerzeugung und die Regelung des internationalen Waffenhandels, die Bedeutung der Demokratie im Kampfe um die Abrüstung und die gegenwärtige weltpolitische Lage. Die vierte Entschliessung endet mit den Worten: „Wenn die Herrscher der kapitalistischen Welt sich als unfähig erweisen, die politischen Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die gegenwärtige Rüstung abgebaut werden kann, wird das Proletariat selbst allein die Aufgabe übernehmen müssen, diese Voraussetzungen zu schaffen. Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse der ganzen Welt auf den Ernst der gegenwärtigen Lage und fordert sie auf, sich zum Kampf bereitzuhalten.“

Der Vorsitzende schloß die Konferenz mit einer Rede, in der er die geschichtliche Bedeutung des ersten Zusammenkommens der beiden großen Zweige der internationalen Arbeiterbewegung in einer öffentlichen Konferenz hervorhob.

Daladier für Linkskabinett

Paris, 24. Mai. (Eigener Funterbericht.)

In einem Artikel der „Republique“ bekämpft Daladier, den man als Führer des linken Flügels der Radikalen Partei bezeichnen kann, die Idee eines Konzentrationskabinetts und tritt entschieden für ein Linkskabinett ein.

„Einige Strategen ohne Mandat und ohne Truppen“, so schreibt Daladier, „schlagen uns im Namen des Realismus vor, uns mit den Verantwortlichen der bisherigen Politik der Missionen, des Wortschwallds und der Verschleuderung öffentlicher Gelder zu verbünden, die das Land verurteilt hat. In der neuen Kammer gibt es eine erdrückende Linksmehrheit. Die genannten Strategen finden sie zu

hart und ziehen eine Konzentrationsregierung vor. Eine solche Regierung würde aber gleich am ersten Tage gestürzt werden, wenn sie sich nicht, von der Rechten unterstützt, sofort in eine Regierung der nationalen Einigkeit verwandeln würde. Wir werden bald die wesentlichen Punkte eines gemeinsamen Aktionsprogramms festzulegen haben, aber schon heute müssen wir im vollen Einverständnis mit zahlreichen Radikalen sagen, daß wir entschlossen sind, uns allen Versuchen zu widersetzen, durch unterirdische Intrigen eine große Freiheitsbewegung niederzuschlagen zu lassen. Wir werden weder militärischen, noch finanziellen Erpressungen weichen. Wir werden unsere Partei auffordern, an die lokale Zusammenarbeit aller Republikaner der Dotation und der Tat zu appellieren und im Interesse der Republik und der Nation allen Schwierigkeiten entgegenzutreten.“

Die Herriot nahestehende „Tribune“ tritt dagegen dafür ein, daß angesichts der ersten Lage Frankreichs, die schnelle und energische Entschlüsse erforderlich, die Streitigkeiten mit den gemäßigten Rechtsparteien vergessen werden.

Paul Faure wirft im „Populaire“ die Frage auf, ob jemand in der Partei noch ernstlich an die Möglichkeit einer sozialistischen Mitarbeit an der kommenden Regierung glaube und antwortet darauf sofort, es genüge, von den wichtigsten Punkten des Programms, das die Sozialisten, selbst die sehr gemäßigten, durchgeführt sehen wollen, Kenntnis zu nehmen, um sich ohne jedes Zögern davon zu überzeugen, daß weder Herriot noch Painlevé etwas von diesem Programm annehmen werden. Die radikalen Führer seien betannt. Sie hätten höchste Regierungsposten innegehabt. Auf außenpolitischem Gebiet seien sie von Painlevé bis Herriot genau so nationalistisch wie Lardieu und Poincaré. In der Innenpolitik seien sie jünger, schlichter und zu Kapitulationen bereit. Der beste Beweis für den schlechten Willen und die schlechten Absichten der radikalen Führer sei ihr Schweigen.

Briemer geht zu Hitler

München, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die kaiserliche Heimwehr mit dem Führer Dr. Briemer an der Spitze hat sich unter der Fikta „Deutscher Heimatbund“ selbständig gemacht, weil die Heimwehr unter Starckberg durch ihre Koalition mit den Christlich-Sozialen und dem Landbund „die Grundzüge des nationalen Heimatbundgedankens verlassen“ hätte. Gleichzeitig hat sich Briemer und sein neuer Bund der politischen Zeitung Hitlers unterstellt.

Abgeordnete Humans. Dem Kabinett, das sich fast ausschließlich aus katholischen Konservern und liberalen Kräften zusammensetzt, gehören auch je ein islamischer und walonischer Vertreter der christlichen Gewerkschaften an. Insgesamt wurden von Renkin aus seinem bisherigen Kabinett drei Minister ausgewechselt.

Regierung im Württemberg gescheitert

Weil die Nazis weder Staatspräsidenten noch Innenminister erhalten.

Stuttgart, 23. Mai. (Eig. Drahtber.)

Die am Montag vormittag unter den bürgerlichen Parteien Württembergs wieder aufgenommenen Verhandlungen zur Bildung einer parlamentarischen Regierung sind gescheitert, und zwar ist sowohl die sogenannte Große Koalition, die von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum reicht, wie auch die unter Ausschaltung des Zentrums geplante Koalition von den Nationalsozialisten bis zu den Demokraten nicht geglückt. Zentrum und Demokraten haben sich in den Verhandlungen grundsätzlich bereit erklärt, eine Regierungscoalition mit den Nationalsozialisten zu bilden. Dabei haben aber beide unabhängig voneinander die Forderung gestellt, daß der Staatspräsident und Innenminister kein Nationalsozialist sein dürfe. Daraus sind die Verhandlungen von den Nationalsozialisten abgebrochen.

Wenn jetzt, wie anzunehmen ist, die Nationalsozialisten bei der für die Dienstag-Sitzung des Landtages vorgesehenen Wahl des Staatspräsidenten den Verlust machen werden, eine Minderheitsregierung in Gemeinschaft mit den Nationalen, Bauernbund und Christlichem Volksdienst zu bilden, so würde, das Einverständnis dieser Parteien damit vorausgesetzt, jetzt die vom Zentrum und den Demokraten aufgeworfene Frage, ob die Wahl des Staatspräsidenten mit nur relativer Mehrheit verfassungsrechtlich überhaupt zulässig ist, entscheidende Bedeutung erlangen. Wird diese Frage verneint, so hätte das zur Folge, daß die Regierung Holz vorläufig im Amt bleibt. Es dürfte höchstens in bezug auf das Kultusministerium eine Aenderung eintreten, da gegen ein ferneres Verbleiben des Herrn Bagille auf seinem Posten selbst in den bisher an der Regierung beteiligten Parteien erhebliche Bedenken bestehen. Die Frage, wer bis zur endgültigen Regierungsbildung mit der Wahrnehmung des Amtes des Kultusministers betraut werden dürfte, ist jedoch zurzeit noch ungeklärt.

Gothas Blutpolizei schikanieren noch ihre Opfer

Waltershausen, 23. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montag wurde der hier am Freitag nach einer Demonstrationssammlung der Wohlfahrts-erwerbslosen von der Landespolizei erschollene Arbeiterfamarrer Kaufmann befreit. Der Friedhof war von der Landespolizei abgesperrt. Zutritt hatten nur die nächsten Verwandten des Toten. Infolgedessen konnten nur etwa 10 Personen an der Trauerfeier teilnehmen.

In der Stadt waren starke Polizeikräfte aufgebaut, die u. a. auch einen sozialdemokratischen Journalisten vorübergehend verhafteten, als er im Besitz war, einige photographische Aufnahmen zu machen.

Gotha, 24. Mai. (Eig. Funterbericht.)

Das Große Schöffengericht in Gotha verurteilte am Montag im Schnellverfahren acht Arbeiter, die an den Erwerbslosenarbeiten in Waltershausen beteiligt waren. Die Verurteilung erfolgte wegen schweren Aufruhrs. Die Strafen liegen zwischen acht Monaten und zwei Wochen Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Auf Antrag des Staatsanwalts wurden die Haftbefehle gegen drei Verurteilte wegen Nichterbaus aufgehoben.

Leipzig, 24. Mai. (Eigener Funterbericht.)

Der Vizepräsident des Thüringischen Landtags ist wegen der Vorfälle in Waltershausen zu Mittwoch Vormittag einberufen worden. Eine Landtagsjournale wird infolgedessen frühestens am Freitag stattfinden können.

Neue Nazi-Bluttat

15 Nazibanditen überfallen 4 Genossen Alter Mann mit Schusswunde niedergeknallt

Frankfurt a. M., 23. Mai. (Eig. Drahtber.)

Fünfzehn junge Nazirohlinge versuchten in der Ruhwald-Siedlung bei Frankfurt a. M. mit Faustläuten einen feigen Überfall auf vier Sozialdemokraten. Ein alter Parteifreund wurde durch mehrere wuchtige Schläge zu Boden gehauen. Blutüberströmt brach er bewußtlos zusammen. Die feigen Nazis flüchteten darauf. Der Überfallene wurde mit einem lebensgefährlichen Schußverwundung ins Krankenhaus eingeliefert, wo er das Bewußtsein bisher nicht wiedererlangt hat. Der Haupttäter konnte verhaftet und seiner brutalen Tat überführt werden.

„Sachverständige“ sabotieren die Abrüstung

In den technischen Kommissionen der Abrüstungskonferenz

Genf, 23. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die täglichen Beratungen der technischen Kommissionen der Abrüstungskonferenz zeigen häufig die gleichen Querstreifen der Militärschleifer getriebener Länder gegen genaue Begriffsbestimmungen für die Kampfwaffen. Lord Cecil beiderer Spott, daß die Sachverständigen die größte Gefahr für die Abrüstung seien, erweist sich auf Schritt und Tritt nur als zu wahr.

Frankreich hat sich in der Luftkommission eine rechtliche taktische Schlaube geholt, als es die gegen die nationale Verteidigung wirkungsvollste Luftwaffe als die gegebentfalls geeignetste für die eigene Verteidigung bezeichnet haben wollte. Eine Mehrheit von 20 gegen 17 Stimmen wies diesen Sabotageversuch zurück. Am Montag aber gelang dem französischen Vertreter die Streichung der Formel, in der die Kampfmittel, die aus der Zeit abzurufen werden, als eine schwere Bedrohung für die Zivilbevölkerung erklärt werden sollten. Es wird nur die Angabe, daß die am raschesten und mit großem Aktionsradius wirkenden chemischen Hocherlösen und Brandbomben für die Zivilbevölkerung besonders bedrohlich wären.

Die Landkommission hat am Montag die Beratung der ihrer Unterkommission aufgestellten Antwortentwürfen zur Bekämpfung der Artillerie mit Gasgiftscharfart abgeschlossen. Der angenommene Entwurf ist, daß überhaupt keine Einigung erzielt werden, noch irgendeine Kalibergröße für ein eventuelles Verbot namhaft gemacht werden konnte. Es werden nur die verschiedenen Auffassungen aus der Debatte aufgefaßt.

Das neue belgische Kabinett

Das neue Kabinett des bisherigen Ministerspräsidenten Renkin ist am Montag von dem belgischen König ernannt worden. Der Ministerpräsident übernimmt zugleich das Amt des Finanzministers. Außenminister bleibt der liberale

Gaurevue der Nazi-„Arbeiter“

Eine Tagung ohne Diskussion — Die Hauptredner adlige Großgrundbesitzer

In der Nazidresse wird in entsprechender Aufmachung von einer Tagung der „Arbeitsrat“ der Nazi-Partei für den Gau Schleien berichtet, deren Bedeutung angeblich darin ihren Ausdruck fand, daß der Gau-Obernazi Brüder allerhuldvollst gerühte — man denke — der Tagung trotz ausgedehnter Dauer verjählich beizumohnen. Erörterungen und Meinungsaustausch sah es hierbei nicht, dafür aber eine Anzahl von Referaten, die alle Gebiete des öffentlichen Lebens mit hakenkreuzerlichen Zeichen versehen. Daß es in dieser „Arbeiter“partei von Adligen und Akademikern nur so wimmelt, daß überhaupt kein Arbeiter in dieser Tagung zu Worte kam, bietet an sich keine Überraschung, verdient aber angesichts der Einbruchsveruche des deutschen Faschismus in das proletarische Milieu doch nachdrücklich festgehalten zu werden. Ein Major a. D. Dr. Bille sprach zu Beginn von dem ersten Gedanken der dem obersten Führer gelte und von der „revolutionären Geistesarbeit“ in deren Kreis der Nationalismus alle Gebiete wirtschaftlicher und geistiger Art einbeziehe. Von revolutionärer Zielsetzung war allerdings — immer nach dem Bericht des Naziblattes — in den weiteren Ansprachen nicht viel zu merken. Freilich von Reichlich hatte, wie unseren Lesern bekannt ist, war vor beinahe vierzehn Jahren einmal beinahe revolutionäre Umwandlungen und Sehnsucht nach einer internationalistischen, demokratischen Demokratie, derzeit aber schwärmt es nur von „Blut und Boden“ bezw. von einer Bezirksberatung für den Gau Schleien (des Großgrundbesitzer) aus „den Klauen der Großhändler und gieriger Juden“ retten soll. Ueber Volkswirtschaft sprach als nächster „Arbeiter“ ein Herr von Wiettersheim über die Landwirte der Provinz Westfalen, wobei man in der „Schleien“ Tageszeitung“ bezeichnenderweise den Inhalt dieser Rede in Übersetzung vorbrachte und selbständige Wendungen fest. Bezugsfragen mit Nationalsozialismus“ in Verbindung zu bringen war dem bürgerlichen Vergeßlichen Rathmann vorbehalten, während man die allgemeine Wirtschaftswelt der Arbeiter-Partei von Grotz zur Behandlung anvertraut hatte und die Arbeitsdienpflicht, der Tagung neuerdings Erneuerung nach altertümlichen Hofmannshofmethoden, von einem Herrn von Holmann dargestellt wurde.

Nach dieser Elite schließlichen Adels durften auch noch einige „Arbeiter“ bürgerlicher Abstammung etwas sagen, so der neue Landwirtschaftskammerpräsident, Reichstagsabgeordneter und Großgrundbesitzer Schneider-Edersdorf. Herr Franke als kommender Sachverständiger für Kommunalfragen, Dr. Seifert für das was man in diesem Kreise mit Kulturpolitik bezeichnet und unter einigen anderen ähnlichen Fachleuten auch — nicht zu vergessen — Dr. Fesche aus Neumarkt, der sich an Hand seiner beschiedenen Praxis auszeichnet über Mediinalienberatung verbreitete. Angesichts der lebhaften Tätigkeit des aufgearbeiteten Mediinalienrats in der Kreisversammlung konnte man allerdings leicht als Gegner dieser Bewegung annehmen, daß für derartige Themen noch etwas qualifiziertere Kräfte zur Verfügung ständen.

Zum Schluß dieser Tagung, die inhaltlich in einer unübersehbaren Folge von „Fach“vorträgen bestand und 12 Stunden gedauert haben soll, sprach Brüder über das Ergänzungen und Vertiefen dieser Gedankengänge, wobei der Berichterstatter des Naziblattes „keine Ergänzungen“ konstatierte. Wer einen Überblick über das menschliche Gefühlsvermögen für Referate hat, wird nach dieser Schilderung allerdings versucht sein, diese tiefe Ergreiftheit mit einem tiefen Schlaf Bedürfnis gleichzusetzen. Von politischem Interesse waren in dieser Arbeitsratversammlung lediglich einige Schlussbemerkungen Brüders über die „sozialistische Restrukturierung“ die alle Türen offen ließen.

und St. Hummel auf dem Boden

Die gewöhnlichen Mitläufer, die im Rahmen der Parteiorganisation des Faschismus nichts zu sagen haben durften an Stelle der „tiefen Ergreiftheit“ ihrer Kameraden über die unvollständige Vertragsserie einen Auszug nach dem Jochen machen, der durchaus den Eindruck eines nicht besonders sorgfältig gefassten Aufwärtiges der verborenen St. erwachte.

Es gab da als gelblich Koff nicht nur „Hohe Marschweihen“ und Aufbrachen mit „sozialistischem Empfinden“, sowie einer selbst

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Breslaus schlimmster Etat vor dem Stadiparlament

Die Stellung der einzelnen Parteien zu diesem Haushaltsplan

Die Rede des Stadtkämmerers — Grundsätzliche Kritik der Sozialdemokratie — Die Hilfslosigkeit der Rechtsparteien — Zentrum beruhigt — Staatspartei benimmt sich pimperl wichtig — Sapler natürlich gegen SPD. — Wildes Gekreis der Kommunisten

Weitern war in der Stadtverordnetenversammlung das, was früher ein großer Tag zu sein pflegte. Da wurde Mühsal gehalten auf ein Jahr fruchtbarer Kommunalpolitik und Probleme der nahen Zukunft wurden ausgiebig besprochen.

Ende der Welt ist nicht gekommen, weil ein paar Banken krachen, eine neue Welt will sich bauen, die des Sozialismus. Sapler hat sich schimpfte auf die Sozialdemokraten, und der Zentrums-

halten werden müssen. Selbständige Existenzen, also selbständige Kaufleute, Handwerker, Gewerbetreibende usw., die der Arbeitslosenversicherung gesetzlich nicht unterliegen, aber hilfsbedürftig werden, fallen sofort in die Fürsorge der Gemeinden.

Table: Die Gesamtausgaben des Stadthaushalts ohne Wohlfahrtsamt und Erwerbslosenfürsorge betragen nach dem Haushaltsplan: 1930 103,5 Millionen Mark, 1931 88,8, 1932 75,7

Es liegt mithin für 1932 ein Rückgang vor gegenüber 1931 von 13,1 Millionen Mark = 15 Prozent, gegenüber 1930 von 27,8 Millionen Mark, rund 27 Prozent.

Table: Der Abschnitt „Wohlfahrtspflege“ erfordert dagegen folgende Zuschüsse: nach dem Haushaltsplan 1930 rund 44,6 Millionen Mark, 1931 50,9, 1932 56,6

Nach dem Plane für 1932 haben wir in der Wohlfahrtspflege täglich 176 600 Mark aufzuwenden. Im Jahre 1914 betrug der Zuschuß in der gesamten Wohlfahrts- und Jugendpflege 4 Millionen Mark. Jetzt beinahe das Fünffache!

In der Erwerbslosenversicherung hatten wir am 18. Mai 1932 = 13 436 Hauptunterstützte mit 21 390 Personen, in der Krisenunterstützung 18 601 Hauptunterstützte mit 34 932 Personen.

Trifft eine Vereinfachung der Erwerbslosenfürsorge nicht ein, so können wir in den nächsten Monaten mit einem Zugang von etwa 65 000 Personen im Wohlfahrtsamt als Wohlfahrts-erwerbslose rechnen.

Neue große Lasten stehen der Gemeinderwerbslosenfürsorge demnach bevor, während auf der anderen Seite die Arbeitslosenversicherung entlastet wird, je mehr die langandauernde Arbeitslosigkeit fortschreitet und die Erwerbslosen an das Wohlfahrtsamt abgeschoben werden.

Der Kämmerer hat das Wort!

Einleitend der bereits diesmal schon um 16 Uhr beginnenden Sitzung nimmt der Kämmerer zur üblichen Staatsrede das Wort. Mit dem 31. März 1932 ist ein für die Stadt Breslau schweres Jahr zu Ende gegangen. Ein Jahr, das erfüllt war von rastloser und täglicher Sorge um die notdürftigste Aufrechterhaltung des Gemeindelebens, ein Jahr, in dem die Weltwirtschaftskrise das gesamte deutsche Wirtschaftsleben so hart erschütterte und insbesondere auf Handel und Wandel, Gewerbe und Handwerk unserer, durch die Nachwirkungen des Krieges ohnedies so schwerelastig gewordenen Stadt weiter schmerzhaft eingewirkt hat.

die Erwerbslosigkeit

und damit die Wohlfahrtsausgaben größer sind als in allen anderen großen Städten, daß insbesondere die Not und das Elend das in ähnlichem Ausmaße, erst in vergangenen Jahre in den anderen Städten in Erscheinung getreten ist, bei uns schon vor Jahren eingeseht haben, ist Ihnen bekannt.

Geradezu katastrophal beeinflussen den Haushalt die auf der Wirtschaftseite beruhenden Mindereinnahmen der Betriebswerke und der Steuern.

Bei den Betriebswerken sind seit Jahren die Erwartungen enttäuscht worden, die man in eine Steigerung des Verbrauchs gesetzt hat. Wir haben bei der jedesmaligen Plan-aufstellung in den einzelnen Werken Verbrauchsziffern angenommen, die sich am Schlusse des Jahres immer als zu hoch erwiesen haben.

Den stärksten Einfluß auf den Haushalt nehmen die Mindereinnahmen in den Steuern. Einige Ziffern muß ich besonders hervorheben.

Die Gewerbeertragsteuer hat erbracht:

Table: 1929 rund 13 462 000 M, 1930 rund 11 492 000 M, 1931 voraussichtlich rund 8 340 000 M

Die Gewerbesteuer warf ab: 1929 rund 4 552 000 M, 1930 rund 3 750 000 M, 1931 voraussichtlich rund 2 820 000 M

Die Ueberweisungen an Einkommen- und Körperschaftsteuer belaufen sich:

Table: 1929 auf rund 12 877 000 M, 1930 auf rund 10 965 000 M, 1931 voraussichtlich auf rund 6 300 000 M

Die Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Hauszinssteuer und Kraftfahrzeugsteuer sind von

Table: 83 337 828 M im Jahre 1929, auf 62 972 705 M im Jahre 1931

heruntergegangen. Die Zuweisungen aus diesen Steuern an die Stadt betragen:

Table: 1929 32 200 000 M, 1930 29 151 242 M, 1931 voraussichtlich 18 186 000 M

Diese Ziffern zeigen das Mißverhältnis des augenblicklich bestehenden Lastenausgleichs, da auf der anderen Seite für die von Woche zu Woche steigenden Ausgaben in der Erwerbslosenfürsorge nur einige machen ausreichende Mittel von Reich und Staat bisher nicht zur Verfügung gestellt worden sind.

Die gefällige Neuregelung der Erwerbslosenversicherung ist im Augenblick für Deutschland die Lebensfrage. Hiermit steht und fällt die Finanzgebarung der Gemeinden Deutschlands. Ich brauche Ihnen nicht erst zu sagen, daß Breslau nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft annähernd 38 Millionen Reichsmark in diesem Jahre allein für Wohlfahrts-erwerbslose aufzubringen.

Es ist Ihnen bekannt, muß aber nochmals betont werden, daß diejenigen Erwerbslosen, die die Arbeitslosenversicherung sowie die Krisenunterstützung durchlaufen haben, von der Gemeinde vollständig aus eigenen Mitteln unter-

Die Stellung der Sozialdemokratie

Stadtvorordnetenvorsteher Dr. Friedrich dankte nach der Rede des Kämmerers dem Magistrat, den Beamten, Angestellten und Arbeitern für ihr Wirken im Dienste der Bürgerstadt. Alle Kräfte seien trotz der Kürzungen ihrer Bezüge immer auf dem Posten gewesen.

Als Mitberichterstatter nahm anschließend Stadtd. Thum (Dnat.) das Wort der an den Beginn seiner Ausführungen den Hinweis stellte, daß kein vernünftiger Mensch an Erhebung neuer Steuern denken könne, um auf diesem Wege etwa den Haushaltsplan ausgleichen zu können.

„Edstein redet gut“

lagt der Nazi-Stadtvordneete Steffen

Ein bemerkenswerter Vorfall, der manchem Anhänger der Sozialistischen Arbeiterpartei zu denken geben sollte, spielte sich gestern in der Stadtverordnetenversammlung während der Rede des Saplerführers Edstein ab.

Systems sein soll. Mit diesem System müsse im Gegenteil baldigt gebrochen werden. Die endgültige Stellungnahme der Parteien würde davon abhängen, wie weit Anträgen stattgegeben würde, deren Unburdenbarkeit von vornherein feststehe.

Erst nach der zweiten Rede erteilte der Vorsteher dem Kommunisten Brodke einen Ordnungsruf für seine freche Beschimpfung des Bürgermeisters, wobei sich Brodke nach echter Klassenkämpfermanier dagegen verwahren wollte, die Beschimpfung gerufen zu haben.

Genosse Schild

der sozialdemokratische Fraktionsredner

leitete seine Rede mit dem Hinweis ein, daß der Kämmerer bei seinen Ausführungen bald hätte hinzufügen sollen, daß die Stadtverordneten zu vorliegendem Haushaltsplane eigentlich wenig zu sagen haben.

Die Frage, warum die Sozialdemokraten trotz dieser Feststellung mitarbeiten werden, lasse sich damit beantworten, daß die SPD die Arbeit der bürgerlichen Parteien kennt und deshalb diese Herrschaften nicht unter sich allein zu lassen gedenkt.

Wenn Herr Thum diesmal nicht so starke Worte gebraucht habe, so dürfte dies nur darauf zurückzuführen sein, daß seine Kreise nach 13jähriger Bemühung ihren Tag für gekommen ansehen. Sie haben nichts unversucht gelassen, die Selbstverwaltung in ihrem Ansehen zu schädigen und glauben sich heute schon am Ziel ihres 13jährigen Sturmes, wobei sie ihre besonderen Hoffnungen auf die Sturmtruppe des großen Adolfs setzen.

Die Antwort des Herrn Thum auf die Frage, was er unter dem zu befeitigenden System verleihe, war sehr unklar, denn er erklärte, daß er jenes System meine, das den Gemeinden immer neue Lasten auferlege, ohne ihnen die dazu erforderlichen Mittel zur Hand zu geben.



Zeitfragen in Politik und Wirtschaft

Konferenz der freien Gewerkschaften Schlesiens

Im Breslauer Gewerkschaftshause tagte am Montag vor-mittag eine Konferenz des Bezirksausschusses Schlesiens des ADGB, zu der die Angehörigen und Bezirksleiter der freien Gewerkschaften sowie die Vertreter befreundeter Organisationen zahlreich erschienen waren.

Gen. Strelowski-Hamburg referierte über das Thema

„Zeitfragen in Politik und Wirtschaft“

wobei er sich besonders auch mit den Auswirkungen der Krise auf die Gewerkschaften und die Genossenschaften beschäftigte.

Es habe den Anschein, so führte er aus, als sei die kapitalistische Wirtschaft daran, sich aus dem Sumpf herauszuschieben. Für sich einen Fall müssen Gewerkschaften und Konsumvereine auf der Hut sein. Auch diese Krisis ist rein geschichtlich dem System dieser unfähigen Wirtschaftsordnung gefolgt, sie entspricht genau ihrem Wesen. Nicht weil die kapitalistische Wirtschaft stark ist kommt sie aus der Krise heraus, sondern weil die anti-kapitalistischen Kräfte noch zu schwach sind. Wenn man an jenen Stellen immer so auf möglichst große Nationalisierung gedrängt hat, dann hätte man als notwendige Folgerung auch die Arbeitszeit kürzen müssen. Man hat vergessen, daß alle Güter verbraucht werden müssen, hat aber die Kaufkraft nicht gekürzt. Nun kommt es diesem verabsagenden System nicht darauf an, für Beschäftigung der arbeitslosen Menschen zu sorgen, seine größte Sorge ist, das in den Bankrott führenden Geld auf die Beine zu bringen. Mit der Arbeitslosigkeit des Kapitals ist der kapitalistischen Wirtschaft ein noch nie dagewesener Schlag veretzt worden. Die meisten

Kaufleute und Fabrikanten stehen heute noch dort, wo ihre Großväter schon standen. Sie haben vergessen umzulernen. Sie können nicht begreifen, daß die Wirtschaft Ware gegen Ware tauschen muß. Sie reden vom Irrsinn einer deutschen Autarkie. Es gilt die Kaufkraft des Binnenmarktes zu stärken. Nichts von alledem wird getan werden. Man wird versuchen, die Rettung des Kapitals auf Kosten der Arbeiterschaft durchzuführen.

Die Voraussetzung für den Frieden ist eine geschickte internationale ökonomische und finanzielle Zusammenarbeit. Alle Bestrebungen gehen dahin, das Feld in Bewegung zu setzen. Für die Arbeiterschaft gilt es zu prüfen, unter welchen Bedingungen das ausländische Kapital bereit sein wird in der deutschen Wirtschaft mitzuarbeiten.

Der Redner beschäftigte sich sodann mit dem Mißtrauen, mit dem die ausländischen Kapitalisten der deutschen Wirtschaft gegenüberstehen. Bei den sich häufenden Wirtschaftskrisen sei dieses Mißtrauen vom kapitalistischen Standpunkt auch berechtigt. Allerdings sind alle Kräfte darauf konzentriert, der Arbeiterschaft die Kosten der ganzen Fehle zu überbürden.

In längeren Ausführungen nahm Genosse Strelowski dann zu der Lage der Konsumgenossenschaften Stellung und umriß ihre Aufgaben für die kommende Zeit, die nicht von Pässigkeit oder Gemütslichkeit diktiert sein dürfen. Sie seien zwar kein Teil der kapitalistischen Wirtschaft, aber sie haben mitten in ihr zu wirken, und mit dieser Tatsache muß gerechnet werden. Bisher ist in den letzten Jahren die Betriebsentwicklung gesteigert worden, auch wenn nicht immer die Rentabilität der Verkaufsstellen von vornherein gesichert war. Bedauerlich sei es, daß breite

Schichten der Arbeiterbewegung dem Genossenschaftsgedanken noch fernstehen. Diese noch schlummernden Abfahrtsbahnen gelte es vor allen Dingen jetzt zu mobilisieren, was wiederum nur möglich ist, wenn alle Führer und verantwortlichen Funktionäre der Arbeiterbewegung auch ihrerseits mit dem eigenen Beispiel voran gehen.

Mit einem Appell, in dieser Beziehung besonders tätig zu sein, schloß Genosse Strelowski seine äußerst instruktiven Ausführungen, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden.

Anschließend sprach der Vorsitzende des Genossenschaftsausschusses der Breslauer Handwerkskammer, Kollege Bartisch über Handwerksfragen. Er kennzeichnete die Tendenz, alle möglichen Tätigkeiten als Handwerke zu deklarieren, was dazu geführt habe, daß heute bereits Weidnäherer, Fensterputzer, Wäscher und Plättler zum Handwerk abgestempelt worden sind. Andererseits ist es auch verschiedenen Großbetrieben, die bisher als Fabriken betrachtet wurden, gelungen, aus sehr begründlichen Gründen im Handwerk Unterschlupf zu finden, während man daneben auch beispielsweise einen ungelerten Bergbauarbeiter, der sich durch Schußflöcher monatlich 5 Mark zu seiner Rente hinzuerdient, zwangsweise ins Handwerk eingegliedert hat.

Auch mit der Herabsetzung der Lehrlingslosgelder beschäftigte sich der Redner und vertrat dabei die Stellungnahme der Gewerkschaften, die diesen Dingen in Zukunft allergrößte Beachtung zu schenken haben. Das gleiche Augenmerk sei auch auf die Höchstzahlen der Lehrlingszahlungen zu verwenden, da das Handwerk heute dazu übergehe, ein eigenartiges Koloniarssystem einzuführen, dergestalt, daß man Schulentassene als Koloniere aufnimmt, um sie beim Fortwerden eines Lehrlings nach ein oder zwei Jahren dann erst in das ordentliche Lehrverhältnis zu übernehmen. Mit einem Hinweis auf intensivierte Arbeit in den Genossenschaftsausschüssen schloß Kollege Bartisch seine ebenfalls sehr informativen Mitteilungen.

Kollege Bierich beschäftigte sich als Tagungsleiter in seinem Schlußwort auch kurz mit den Fragen um den freiwilligen Arbeitsdienst und appellierte an die Konferenz, die Ausführungen der Redner als Richtschnur für die kommenden Arbeiten zu betrachten.

Tagung der schlesischen Ortsausschüsse für die Angestelltenversicherung

Im großen Saale der Hermann-Loge zu Breslau fanden sich etwa 300 Vertrauensleute der Angestelltenversicherung aus allen Kreisen Schlesiens ein. Die Tagung wurde von Direktor Behrend mit einigen Worten des Gedankens für den verstorbenen Präsidenten der A. V. eröffnet. Anschließend begrüßte der Vorsitzende den erschienenen derzeitigen Präsidenten der A. V., Griesmeyer. Der Präsident hatte es übernommen, über drei Dinge hauptsächlich zu sprechen: Ueber die Änderungen in der Angestelltenversicherung durch die Notverordnung, Ueber die Streitfragen mit der Invalidenversicherung und schließlich über die Lage der Angestelltenversicherung. Er stellt mit Genugtuung fest, daß die allgemeine Lage der A. V. verhältnismäßig befriedigend sei. Die derzeitigen Renten sind durch Rücklagen voraussichtlich für ihre ganze Dauer gedeckt. Andererseits gehe allerdings die allgemeine wirtschaftliche Lage zu gewissen Besorgnissen Anlaß. Seit einem Jahre sei eine Senkung der Beitragseinnahmen, teils durch Zunahme der Stellunglosigkeit, teils durch das Abfließen der Gehälter zu bemerken. Unter diesen Umständen werde wohl kaum der Wunsch bestehen, jetzt über den Ausbau der Angestelltenversicherung zu reden.

Der ankündenden Versicherungszeit und Beitragssumme steht ein Ansehen der Leistungen gegenüber. Voraussichtlich wird die geschätzte Beitragseinnahme von 312 Millionen Mark im Jahre 1932 nicht erreicht werden. Jedenfalls ist der durchschnittliche Monatseingang von etwa 26 Millionen nur im Januar zu verzeichnen gewesen. Die folgenden Monate weisen bereits geringere Beträge auf. Ebenso darf von den Zinsen für angelegte Kapitalien gesagt werden, daß mit einem Ausfall von etwa 20 Millionen Mark zu rechnen ist. Der Rückgang der Beiträge und der Zinsen machen zusammen gegenüber dem günstigen Jahre 1930 über 60 Millionen Mark aus. Andererseits sind die Leistungen an die Versicherten gestiegen. Es wurden 1931 etwa 30 Millionen Mark mehr ausgezahlt, was dem Voranschlag entspricht.

Die Gesamtausgaben der Angestelltenversicherung für Rentenleistungen belaufen sich zurzeit auf 177 Mil-

lionen Mark jährlich. Zurzeit werden rund 165 000 Ruhegelder, 72 000 Witwen- und Waisenrenten und 40 000 Waisenrenten gewährt.

Die Anträge steigen stark an.

Der Präsident tritt der Auffassung entgegen, als ob die Reichsversicherungsanstalt die Ausgaben für Heilverfahren vermindert habe. Es sei stillschweigende Übung, daß für Heilverfahren etwa die Beitragseinnahmen eines Monats aufgewandt würden. Als die Beitragseinnahmen zurückgingen, hat die Leistung der Anstalt vor der Frage gestanden, ob sie entsprechende Einsparungen bei den Heilverfahren machen solle. Davon habe man aber abgesehen, so daß auch im vorliegenden Jahre für Heilverfahren etwa 28 Millionen Mark aufgewandt wurden. Erstmals habe man eine rückläufige Bewegung in der Zahl der Anträge auf künftige Heilverfahren feststellen können. Das sei wohl zum Teil darauf zurückzuführen, daß jemand, der Stellung hat, solange als irgend möglich, von der Beantragung eines Heilverfahrens abstehe.

Die Vermögensanlage

konnte im vergangenen Jahre nur noch in engen Grenzen erfolgen. Vornehmlich hat sich die A. V. am Bau von Kleinwohnungen beteiligt. Daß die Angestelltenversicherung erhebliche Verluste an Wertpapieren erlitten habe, ist falsch. Sie ist nicht genötigt, in ihrem Besitz befindliche Papiere zum Tageskurs zu verkaufen, sondern kann deren Auszahlung abwarten. Es wäre also ganz unangebracht, etwa Abschreibungen, entsprechend der Kurschwankungen vorzunehmen. Immerhin sind vorzüglich 48 Millionen Reichsmark in Reserve gestellt worden, die aber keineswegs als Verlust anzusehen sind. Der so stark angefochtene Erwerb von Reichsbahnvorschußaktien hat sich jetzt bei der Zinslenkung günstig ausgewirkt, weil für diese Aktien eine Senkung des Zinsfußes nicht eingetreten ist.

Der Präsident geht dann auf

die Streitfragen mit der Invalidenversicherung

ein und wünscht zunächst, daß es gelingen möge, die Not der Invalidenversicherung zu beheben. Nur sei es nicht Aufgabe der Angestelltenversicherung, bei der Sanierung helfend einzugreifen. Die Gesundung der Invalidenversicherung hängt nicht davon ab, daß die Angestelltenversicherung irgendwelche einmaligen Beiträge zur Verfügung stellt. Das würde uns schädigen und der A. V. nicht helfen. Der Präsident wendet sich dann gegen die Behauptung, daß die Angestelltenversicherung der Invalidenversicherung Menschen und Geld wegnähme. Die Invalidenversicherung zählt auch wie vor dem Kriege 18 Millionen Versicherte. Wenn die Angestelltenversicherung ihre Versichertenzahl erhöhen konnte, während die Invalidenversicherung gleichbleibend, so ist daran die besondere wirtschaftliche Entwicklung schuld. Eine Untersuchung des Versichertenkreises der A. V. ergab, daß zunächst einmal 42 Prozent der Versicherten weibliche Angestellte sind. Eine weitere Erhebung, die sich auf 300 000 Angestelltenkarten erstreckte, ergab, daß 99,8 Prozent weibliche Angestellte und nur 0,2 solche Personen waren, bei denen aus den Kartenangaben nicht zweifelsfrei die Angestelltenversicherungseigenschaft ersichtlich war. Ueberträgt man diese Ergebnisse auf die Gesamtzahl der Angestellten, so kommen bestenfalls wenige 1000 Personen heraus, bei denen über die Zugehörigkeit zur Angestelltenversicherung gezweifelt werden

kann. Der Vorwurf der Ausschöpfung der A. V. durch die A. V. ist also ganz unberechtigt.

Ebenso unberechtigt ist die Behauptung, daß die Angestelltenversicherung Man hat uns vorgehalten, daß bei Schaffung der Invalidenversicherung zwar die Personen, die nur zur Angestelltenversicherung gehörten, in diese übertraten, daß aber nicht auch in die Angestelltenversicherung mitübernommen wurden die Rentenbezieher aus diesen Kreisen, die bei der Invalidenversicherung als Belastung geblieben. Die Angestelltenversicherung hat, um diesem Vorwurf zu begegnen, seinerzeit nach eingehenden Verhandlungen der Invalidenversicherung einen Betrag von 33 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, der als Abschlag für die Rentenleistung an jene Kreise gedacht war. Damit war ein für allemal die Verpflichtung abgedeckt. Im übrigen haben wir von den Uebergetretenen keineswegs einen großen Vorteil gehabt. Es handelte sich zum Teil um ältere Personen, die später bald rentenbezugsberechtigt wurden und denen wir mindestens das hohe Grund-Ruhegeld von 480 Mark im Jahre zahlen mußten. Dazu kamen die Steigerungslage aus den geklebten Beiträgen. Will also die Invalidenversicherung Ansprüche geltend machen, so hat sie jedenfalls kein Recht, sich damit an die Angestelltenversicherung zu wenden.

Schließlich besprach der Präsident noch

die Notverordnung und ihre Folgen

Er stellt fest, daß auch das Direktorium der A. V. von der Notverordnung ebenso überrascht wurde wie die Versicherten. Man hat auch die Leistung der Anstalt vorher nicht gehört. Von den maßgebenden Stellen wurde dieser Umstand mit einem Wunsche des Herrn Reichspräsidenten begründet, die Notverordnung solle nicht zum Gegenstand des Ausnahmehin gesenkt werden. Das Direktorium hat dem Herrn Reichsarbeitsminister alsbald die Bedenken vorgetragen, die gegen eine Reihe von Verschlechterungsbestimmungen bestehen. Der Präsident befragt diese Verschlechterungen im einzelnen. Einiges sei in der Tat eine nachträgliche Ausfüllungsbestimmung gemindert worden. Leider sind immer noch sehr schlimme Verschlechterungen bestehen geblieben.

Zu diesen Dingen gehört insbesondere die Befreiung des

Kinderschutz und der Waisenrente bei Kindern über 15 Jahre. Es sei nun einmal so, daß der Angestellte das Bedürfnis habe, seine Kinder wenigstens auf seinem Lebensniveau zu halten, er gebe ihnen also eine Ausbildung, die häufig einen Schulbesuch bis zum 21. Jahre erfordert. Dem habe das Angestelltenversicherungsgesetz Rechnung getragen. Die Notverordnung hat sich über diese Erwägungen hinweggesetzt. Das Gleiche gilt vom Ruhen der Renten bei den weiblichen Versicherten, bei den Beamten und bei den Angestellten, die von Gemeinden oder sonstigen Körperschaften eine Rente bekommen. Sie hätten sich bemächtigt, ja, man kann fast sagen, betrogen und auch wir müssen sagen, daß uns die Regelung vom versicherungstechnischen Standpunkt aus als nicht sehr moralisch erscheint. Leider haben Verhandlungen mit dem Minister keinen Erfolg gehabt. Der Präsident bittet die Vertrauensleute, soweit

te die Möglichkeit haben, Einfluß zu nehmen, daß: zu wirken, daß diese mechanische Verschlechterungsmaschine unterbleibt.

Aus den Kreisen der Versicherten lagen zahlreiche Entschuldigungen vor. So wendet sich der Allgemeine freie Angestelltenbund gegen die Verschlechterungen der Notverordnung in einer Entschuldigung, die von seinem Breslauer Vertrauensmann eingebracht wurde. Ferner lagen ähnliche Entschuldigungen vor, die von anderen Verbänden verteilt wurden, und schließlich hatte noch eine ganze Reihe von Ortsausschüssen der Angestelltenversicherung ähnliche Anträge eingebracht. Gewünscht wurde auch eine neue Einteilung der Beitragsskalen, weil zum Beispiel der Sprung von 100 Mark bis 200 Mark zu hoch sei. Die Anträge wurden von den verschiedenen Delegierten begründet. Außerdem kamen Fälle zur Sprache, bei denen sich die Notverordnung geradezu vernichtend für die Betroffenen ausgewirkt hat. Verschiedene Delegierte stellen Anträge, die sich auf die Auslegung von einzelnen Bestimmungen beziehen, andere beklagen, daß der Angestellte Beiträge verliert, wenn der Arbeitgeber in Konkurs gerate und dadurch eine Gefährdung der Anwartschaft eintritt. Die Ausführungen des Präsidenten wurden durchweg Zustimmung unterliegend.

Ob Reichsrat Goller antwortete auf die gestellten Anfragen und erläuterte die verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen und Entschuldigungen, die mit der Angestelltenversicherung zu tun haben. Insbesondere wies er darauf hin, daß Wohlfahrtsämter zwar nicht zur Weiterzahlung der Beiträge für die Angestelltenversicherung verpflichtet seien, daß sie aber doch klug daran täten, das in größerem Umfang als bisher zu tun. Schließlich seien sie so die Leidtragenden, wenn die Anwartschaft verfallt.

Zum Schluß begrüßte Präsident Griesmeyer die Entschuldigungen zur Notverordnung. Sie würden der Leistung der Anstalt eine willkommene Möglichkeit bieten, die Einheitsleistung des Willens der Versicherten festzustellen. Er könne leider nicht die Erfüllung aller gedauerten Wünsche zusagen. Bei der Beitragsänderung komme es lediglich darauf an, ob sie zweckmäßig sei. Wir haben bereits zehn verschiedene Markensatzungen. Eine Vermehrung hat natürlich ihre Bedenken, ganz abgesehen davon, daß ja der Versicherte auch dann geringere Leistungen empfangen. Undistulabel sei zurzeit die gewünschte Erhöhung der Steigerungslage auf 20 Prozent. Voraussichtlich werde die Bestimmung des § 397 A. V. verlängert werden, wonach derjenige Rente bekommt, der über 60 Jahre alt und in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung ausgekürzt ist. Der Wunsch, die Kinderrente bei Gebrechlichkeit unbegrenzte Zeit zu gewähren, habe wohl im Augenblick keine Aussicht auf Erfüllung. Er widerspricht eigentlich auch dem Prinzip des Kinderzuschusses. Man könne unter Kindern doch kaum noch 40- und 50jährige Personen verstehen. Dagegen, daß alle Anwartschaften bis zum Jahre 1930 oder 1931 aufrechterhalten gelten, hätte das Direktorium keine Bedenken. Außerdem die Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz, die dem Reichstag schon seit Jahren vorliegt, bald verabschiedet werden wird, ist doch wohl fraglich. Der Präsident dankt zum Schluß noch allen Vertrauensleuten für ihre Mitarbeit und hofft, daß dieses gute Zusammenarbeiten in der Zukunft erhalten bleibt.

Niederländische Gewerkschaften fordern erhöhte Arbeitslosenfürsorge

Der Niederländische Gewerkschaftsbund hat den Innenminister in einem Schreiben ersucht, für die Betreuung der Arbeitslosen einen höheren Betrag als 750 000 Gulden zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitslosen könnten heute ihren Bedarf an Kleidung und Schuhwerk nicht mehr decken. Der Bund fordert auch eine bessere Regelung der Arbeitsbeschaffung.

Der Niederländische Landarbeiter-Verein hat dieser Tage die Mitgliederzahl von 30 000 überschritten. Er hat seit dem 1. Januar einen Zuwachs um 7000 Mitglieder zu verzeichnen.

Ford in Köln nur gering beschäftigt

Die Ford-Company in Köln, das Zweigunternehmen des bekannten nordamerikanischen Autokonzerns in Deutschland, konnte letzte neuen Anlagen im verflochtenen Jahr nur zu einem Fünftel ausnutzen. So ergibt sich ein Verlust in Höhe von 1,09 Millionen Mark. Soweit dieser Verlust nicht aus dem Vortrag getilgt werden kann, wird die Sommerernte in Konform genommen, die sich auf 590 000 Mark verringert. Das Betriebsergebnis wird bei Ford mit 3,05 Millionen Mark angegeben. Die Verwaltungskosten stellen sich auf 5,37 Millionen Mark, während die Abschreibungen 1,37 Millionen Mark betragen.

Starter Rückgang der holländischen Butterausfuhr nach Deutschland

Einer vom holländischen Statistischen Amt aufgestellten Berechnung zufolge erreichte die holländische Butterausfuhr nach Deutschland in der vergangenen viermonatigen Periode Januar bis April nur ein Quantum von 2775 Tonnen im Werte von 2,3 Mill. fl. gegen 6251 Tonnen im Werte von 8,8 Mill. fl. im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

75 Polarvorstöße!

Forscher von 14 Nationen ziehen in die Wetterküche Europas

Die „Eis-Saison“ 1932/33 wird in der Geschichte der Geographie und der Forschung überhaupt als zweites internationales Polarjahr einen bedeutenden Rang einnehmen. Der Aufgabenkreis des Unternehmens ist klar umgrenzt, aber die Grenzen selbst sind doch recht weit gesteckt: man beabsichtigt in großem Maßstabe meteorologische, ärologische und magnetische Beobachtungen. Die Arktis ist die eigentliche Wetterküche Europas. Die genaue Kenntnis der arktischen Witterungsverhältnisse ist von größtem Nutzen für die noch recht ausbaufähigen täglichen und periodischen Wettervorhersagen, auf die der Seemann ebenso wie der Pilot, der Land- ebenso wie der Gastwirt angewiesen ist.

Das erste Polarjahr.

Das erste internationale Polarjahr fand vom 4. August 1882 bis 1. September 1883 statt. Elf Staaten ließen damals dreizehn Beobachtungsstationen in der Nordpolarregion und zwei Stationen an der Südpolregion der bewohnten Erde errichten. In die eigentliche Südpolarregion wagte man sich aber erst zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts; eine deutsche Expedition auf dem Schiff „Gorch“ stand unter Leitung von Erich v. Drygalski, eine englische unter Oberst Scott, eine schwedische unter Otto Nordenfliöld. Es wurde eine Menge wichtiges Beobachtungsmaterial gesammelt, aber doch nicht in wünschenswerter Weise bearbeitet. Für eine internationale Gemeinschaftsarbeit war die Zeit damals noch nicht reif.

Jetzt, nach drei Jahrzehnten, ist die Situation wesentlich anders. Die Welt der Wissenschaft kennt heute längst nicht so viele Spannungen und Hemmnungen wie die Welt der Wirtschaft oder der reinen Politik. Die Hilfsmittel der Forschung sind in nie gekannter Weise vervollkommen worden. Die Funkentelegraphie macht eine dauernde Nachrichtenübermittlung möglich; die alten Instrumente sind verbessert, neue erfunden. Freilich wuchs mit der größeren Forschungsmöglichkeit entsprechend auch die Forschungspflicht: die Notwendigkeit der sozialen Planung der Welt verlangt auch gebieterisch den Fortschritt der Wissenschaft, die Unterwerfung der Erde. Ein Rad greift ins andere, das soziale ins wissenschaftliche.

Leningrad und Innsbruck

Der Vorschlag, dem ersten internationalen Polarjahr nun ein zweites folgen zu lassen, stammt von dem Präsidenten der Deutschen Seewarte in Hamburg, Vizeadmiral a. D. Dominik. Der genaue Plan der Aktion wurde von den Teilnehmern der großen internationalen Kongresse in Leningrad (1929) und Innsbruck (1931) nach dem auf der Kopenhagener „Meteorologischen Direktorenkonferenz“ gefassten Beschluß ausgearbeitet. In diesem Beschluß heißt es: „Magnetische Luft- und Wetterbeobachtungen, gleichzeitig an einer Anzahl von arktischen und antarktischen Stationen würden unsere Kenntnis der meteorologischen und magnetischen Erscheinungen nicht nur in der Polarregion, sondern in der ganzen Welt fördern und von praktischer Bedeutung für die Lösung der Fragen der See- und Luftschifffahrt, die Radiotelegraphie und der Wettervorherlage sein. Diese Beobachtungen sollten ein ganzes Jahr lang in internationaler Zusammenarbeit fortgesetzt werden.“ Die Vorbereitungen sind nun beendet. Vom August dieses Jahres an wird ein dichtes Netz wissenschaftlicher Beobachtungsstationen die ganze nördliche Halbkugel überziehen. Etwa 14 Staaten sind finanziell und wissenschaftlich an der internationalen Forschungsaufgabe beteiligt. Deutschland wird allerdings infolge seiner wirtschaftlichen Notlage nur indirekt, nicht aber durch Entsendung einer eigenen Expedition (jeder Staat hat sein eigenes Forschungsgebiet) Anteil nehmen können. Die Gesamtzahl der neuen Beobachtungsstationen, die jeweils eine in sich geschlossene Expedition bilden, dürfte sich auf ungefähr 75 belaufen. Etwa ein Drittel dieser Stationen wird von Gelehrten der Sowjetunion, die schon infolge ihrer geographischen Lage unmittelbar an der Expedition interessiert ist, besetzt werden.

Mit Flugzeug und Propellerschlitten

Alle Arbeitsgruppen werden sich die modernsten technischen Errungenschaften zunutze machen: mit Flugzeug und Eisbrechern, mit Traktor und Propellerschlitten will man dem Pol und seinen Tüden zu Leibe gehen. Unter den Teilnehmern ist neben den durch die Arktisfahrt des Luftschiffes Graf Zeppelin bekannten „Eis-Gelehrten“, auch der italienische General Umberto Nobile, der bereits seit langem in Sowjetrußland als Luftschiffkonstrukteur arbeitet. Freilich sind die Forscher heute nicht mehr so vollständig von der Außenwelt abgeschnitten wie früher. Mit ihren Radioapparaten können sie sich Musik und Nachrichten aus aller Welt ins „Reich des ewigen Schweigens“ holen. Vom Leningrader Sender aus können die Angehörigen der russischen Forscher ihren Vätern und Brüdern alle vierzehn Tage sogar höchst eigenmündig etwas zurprechen. Die Forscher selbst müssen sich freilich bei der Uebermittlung ihrer Antworten aus technischen Gründen der Telegraphie bedienen.

Aber man wird weder für die privaten noch für die allgemeinen öffentlichen Dinge sehr viel Zeit haben. So langweilig die Arktis aussehen mag, so viel gibt sie doch ihren Forschern zu tun; man will zum Beispiel wieder neben den üblichen Trachen, Pilotballons und Registrierballons auch die von Zeppelin her bewährten modernsten Meßinstrumente in Gebrauch nehmen, die an kleinen Ballons viele Tausende von Metern emporsteigen und in bestimmten Intervallen auf dem Radioweg die jeweiligen Temperatur-, Luftdruck- und Feuchtigkeitmessungen übermitteln. Ueber noch größere Höhen geben die Beobachtungen der Polarlichter Aufschluß.

Die speziellen Polararbeiten für den ihre Ergänzung durch die Arbeiten in den bestehenden Beobachtungsnetzen auch in den gemäßigten Breiten und in der Tropenzone, auf dem Lande, auf den Meeren und in allen Höhen, selbst zu vorher genau vereinbarten Zeiten, in der Stratosphäre. Es handelt sich darum, einen Ueberblick zu gewinnen über die Verteilung der einzelnen meteorologischen Elemente, über das magnetische und elektrische Feld der Erde und der Atmosphäre, die Ausbreitung der Radiowellen, die Verteilung der Polarlichter und über andere geophysikalische Erscheinungen. Die Folgerungen, die man aus den getroffenen Feststellungen ziehen wird, werden sicher von allgemeinem, internationalem Nutzen sein.

Neuer Stratosphärenflug Piccards im Juni

Professor Piccard erklärte einem Blatt, daß er wiederum zu einem Stratosphärenfluge aufsteigen werde. Der Start solle gegebenenfalls Mitte Juni erfolgen, aber nicht in Augsburg, da infolge der Liquidation der dortigen Ballonfabrik keine Facharbeiter mehr zur Verfügung stünden, sondern in Zürich.

„Do X“ in England

Das deutsche Kiefernflugboot „Do X“ ist nach gelungter Ozeanüberquerung über Newfoundland, Azoren, Vigo (Spanien) am Montagabend um 7.15 Uhr in dem englischen Marinestützpunkt Calshot bei Southampton angekommen. Ueber dem Ozean hielt sich die Maschine in einer durchschnittlichen Höhe von 200 Metern. Bei der Hauptstrecke war auf etwa dreihundert Seemeilen die Navigation durch Regier und Nebel

erschwert; auch der Flug von Vigo bis Southampton ist durch Gegenwind beeinträchtigt gewesen. Da aber die im Dienste der Wetterberatung stehende Funkstation einwandfrei gearbeitet hat, waren größere Schwierigkeiten nicht zu überwinden. Die Maschine steht unter dem Kommando von Kapitän Christensen.

Von Southampton aus wird „Do X“ voraussichtlich Dienstag nach Berlin weiterfliegen. Es wird erwartet, daß das Flugboot auf dem im Osten der Stadt gelegenen Müggelsee niedergeht.

Schweres Autounglück

15 Fußballspieler verletzt

Ein Lastkraftwagen, in dem sich eine Münchberger Fußballmannschaft auf der Heimfahrt von einem Wettkampf befand, fuhr beim Ausweichen vor Fußgängern auf einen Gartensaun. Der Wagenführer wurde so schwer verletzt, daß ihm im Krankenhaus das linke Bein amputiert werden mußte. Außerdem wurden vier Personen schwer und 11 leicht verletzt.

Arbeitsamts-Angestellte als Hochstapler

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte am Montag acht Angestellte des Arbeitsamtes Süd wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zu schweren Strafen. Der Hauptangeklagte Bek erhielt 1 Jahr 2 Monate Zuchthaus, den übrigen Angeklagten wurden Gefängnisstrafen von 4 bis 7 Monaten zubilligt.

Die Angeklagten hatten, um sich Beamten darzulegen zu verschaffen, auf den Antragsformularen nicht nur als Gehalt das doppelte ihrer wirklichen Bezüge angegeben, sondern sich auch als Beamte ausgegeben, obwohl sie als Angestellte zur Annahme von Beamtenarbeiten nicht berechtigt waren.

Explosion in der Dynamitfabrik Stadeln

Ein Arbeiter getötet

In der Dynamitfabrik Stadeln der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.-G. in der es in den letzten Jahren wiederholt zu Explosionen gekommen ist, hat sich gestern gegen Mittag wieder eine Explosionsunglück ereignet, bei dem auch ein Menschenleben zu beklagen ist.

In einem abgeordneten Raum, in dem Sprengstoff getrocknet wird, entzündete sich plötzlich aus bisher unbekannter Ursache der in dem Raum lagernde Sprengstoff. Wände und Decken stürzten ein und ein an der Unglücksstelle befindlicher Arbeiter wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus starb.

Schicksal um 36 Kinder

Im Laufe der letzten vier Monate sind in der südamerikanischen Stadt Porto Alegre (im Staate Ri Grande do Sul) 36 Kinder unter zwölf Jahren spurlos verschwunden. Die Polizei war vergeblich bemüht, das Geheimnis zu klären.

Riesenbetrüger aus der Adelswelt

Vor der großen Sonder-Strasskammer des Dortmunder Landgerichts begann am Montag der Prozeß gegen das Ehepaar Baron und Reichsfreiherr Paulus von Schellersheim und den Major-domus Kalk, die Hochkapelleien größten Ausmaßes begangen und viele Hunderte um Hunderttausende Mark betrogen haben. Jeder, der mit ihnen in Berührung kam, wurde begauert, ob es nun ein Lohnkutscher oder Diener um den Betrag von 5 Mark oder ein Lieferant um den Betrag von 15 bis 20 000 Mark war. Der Koffer, der allen vorgeworfen wurde, war der reichsfröherrliche Titel, auf den immer wieder Dumme hereinfielen.

Der Reichsfreiherr stammt aus ärmlichen Verhältnissen, wenn auch seine Verwandten heute noch Ritterguts- und Großgrundbesitzer im Hannoverischen sind. Sein Vater war Stationsassistent in Duisburg und Dortmund und hatte neun Kinder. Nach mißglückter Lehrzeit wurde der Angeklagte Reisender in Leipzig. In der Inflationszeit spekulierte er, wie Tausende seines Schlages, auf Baize; er wurde Großhändler in Diamanten und Gemälden, und dann, so sagte er mit Aufheuljuden, „hatte ich das Pech, mich bei der Beendigung

Schweres Unwetter über dem Kreise Tilsit-Magnit

Mensch und Tier durch Blitz getötet

Ueber dem Kreise Tilsit-Magnit und dem angrenzenden Memellandgebiet ging am Sonntag ein schweres Unwetter nieder. In zahlreichen Orten gab es Einschläge und Brände. In Waldau wurde ein Schmiedemeister vom Blitz erschlagen. Bielertort wurde das Vieh auf der Weide durch Blitz getötet. Das Unwetter führte stellenweise Hagel in so großer Menge und Grobkörnigkeit, daß die Saaten vernichtet wurden.

„Objekt Reinmut“

Der Heidelberger Astronom Reinmut hat einen kleinen Planeten entdeckt, dessen Bahn in Sonnenferne außerhalb der Marsbahn, in Sonnennähe aber im Innern der Erd- und Venusbahn verläuft. Die genaue Strecke des langgestreckten Elliptenweges wird noch errechnet. Abgesehen vom Mond dürfte das „Objekt Reinmut“ der Erde zu Zeiten näher kommen als alle anderen Himmelskörper.

Die 40 im Untertunnel eingeschlossenen lebend aufgefunden

Die 40 im Untertunnel eingeschlossenen Arbeiter sind sämtlich am Leben. Die Rettungsmannschaft hat eine Verbindung mit ihnen hergestellt können und bemüht sich, sie aus den Trümmern zu befreien.

Beleidigung zur Katastrophe des Philippard

Der deutsche und der englische Botschafter haben am Montag dem Ministerpräsidenten Lardieu das Beleid ihrer Regierungen zu der Katastrophe des „Georges Philippard“ ausgesprochen.

Die Zahl der fehlenden Passagiere beläuft sich nach den letzten Feststellungen der Besatzung des Schiffes auf vierundfünfzig. Unter ihnen befindet sich der Reiseleiter Walter Löhndorf, dessen Name besonders durch seine Schilderungen der Zustände in den Strafkolonien und der Regier-Zwangsarbeit in Französisch-Kongo bekannt geworden ist.

Wetterkatastrophe

Verschiedene Teile von Süd- und Mittel-England sind durch Wolkbruch heimgesucht worden. Mehrere Personen wurden getötet. Zum Teil regnete es vierzig Stunden lang ohne Unterbrechung. An verschiedenen Stellen ist der Eisenbahnverkehr unterbrochen. Weite Sandbezirke, mehrere kleine Städte und zahlreiche Dörfer wurden überschwemmt. In Ashby bei Leicester mußte die Bevölkerung in den oberen Stockwerken der Häuser Zuflucht suchen. In Derby wurden hunderte von Kaufhäuser zerstört. Auch war infolge gestörter Wasserversorgung ohne Trinkwasser. Der Sachschaden dürfte sich auf mehrere hunderttausend Pfund Sterling belaufen.

Großfeuer in den Deutschen Industrie-Werken



Auf dem Gelände der Deutschen Industriewerke in Spandau brach ein Großfeuer aus; das zu den größten Bränden zählt, von denen die Reichshauptstadt nach dem Kriege betroffen worden ist. Zwei

große Fabrikgebäude stiegen ein einziges Flammenmeer, das einen Umfang von mehr als 10 000 Quadratmetern hatte. Unsere Aufnahme gibt einen Blick in eine der zerstörten Hallen.